

**Stellungnahme:**

# **Konsultationsunterlage – „Konzept zur Weiterentwicklung des Bilanzierungsmodells für den österreichischen Gasmarkt“**



Stand 15. Mai 2018

# Inhalt

1.	Präambel .....	3
2.	Einleitende Bemerkung .....	3
2.1	Mangelnde Konkretisierung des Konzepts .....	3
2.2	Anregung eines umfassenden Marktregelprozesses .....	3
2.3	Keine zwingende Notwendigkeit einer Änderung .....	3
3.	Unmittelbare Auswirkungen für Marktteilnehmer .....	4
3.1	Erhöhte Bilanzierungstätigkeit des MGM .....	4
3.2	Scheinbare finanzielle Entlastung .....	5
4.	Negative Auswirkungen für Fernleitungsnetzbetreiber .....	5
4.1	Verstärkte Nutzung des Netzpuffers für Zwecke der Bilanzierung .....	5
4.2	Einsatz von Netzpufferflexibilitätsdiensten .....	6
4.3	Höhere Volatilität des Netzpuffers und Instabilität des Netzes .....	6
4.4	Gefahr häufiger Marktgebietseinkürzungen .....	7
5.	Änderungen im Verteilernetz .....	8
5.1	Entfall der Endverbraucherfahrpläne .....	8
5.2	Änderung des Toleranzbandes .....	8
6.	Adäquate Umsetzungsfrist .....	9

# **1. Präambel**

Trans Austria Gasleitung GmbH („TAG GmbH“) gibt hiermit eine Stellungnahme zur Konsultationsunterlage „Konzept zur Weiterentwicklung des Bilanzierungsmodells für den österreichischen Gasmarkt“ der Energie-Control Austria für die Regulierung der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control Austria), ab.

## **2. Einleitende Bemerkung**

### **2.1 Mangelnde Konkretisierung des Konzepts**

Das Konsultationspapier gibt unseres Erachtens bloß einen ersten Überblick über die Eckpunkte eines neuen Bilanzierungssystems im Marktgebiet Ost. In vielen Aspekten mangelt es dem Konsultationspapier daher leider auch an konkreteren inhaltlichen Ausführungen, welche es erleichtern würden, das angedachte neue Konzept und seine Auswirkungen inhaltlicher besser verstehen zu können.

Aus diesem Grund ist es TAG GmbH nur in beschränktem Ausmaß möglich, zum vorliegenden Konzept eine inhaltlich vollumfängliche und detaillierte Stellungnahme abzugeben. Da sich die in einzelnen Kapiteln gestellten Fragen mehrheitlich an den Markt und nicht an Fernleitungsnetzbetreiber richten, wurde von deren Beantwortung Abstand genommen. Allerdings werden mit den Ausführungen der TAG GmbH in dieser Stellungnahme einige der Fragen ohnehin implizit beantwortet.

### **2.2 Anregung eines umfassenden Marktregelprozesses**

Ungeachtet dessen geht TAG GmbH davon aus, dass neben einem weiteren, inhaltlich sehr konkreten Konzeptpapier ein umfassender Marktregelprozess eines – wie auch immer gearteten – neuen Bilanzierungssystems durchzuführen sein wird, was eine Änderung der einschlägigen Verordnungen, wie insbesondere der GMMO-VO, aber auch der Sonstigen Marktregeln („SoMa“) bedeutet. Dieser für eine erfolgreiche Umsetzung notwendige Prozess sollte in der aus vergangenen Marktprozessen bestens bewährter Form – sohin unter inhaltlich umfassender und größtmöglicher Einbindung aller Marktteilnehmer im Wege der schriftlichen Konsultation sowie des mündlichen Dialoges – erfolgen.

### **2.3 Keine zwingende Notwendigkeit einer Änderung**

Österreich gehört zu den ersten Ländern, welches ein auf den Balancing Network Code („BAL NC“) gestütztes Bilanzierungssystem nicht nur vollinhaltlich und vollständig, sondern im Wege der sogenannten Early Implementation sogar vor Inkrafttreten des BAL NC per 17. April 2014 bzw 1. Oktober 2015 bereits mit 1. Jänner 2013 eingeführt hat. Das auf Fernleitungsebene bestehende System der Stundenbilanzierung wurde vom Markt sehr positiv aufgenommen, weil sich die vom Marktgebietsmanager („MGM“) zu tätigenden Abrufe der Ausgleichsenergie im Namen und auf Rechnung der Bilanzgruppenverantwortlichen („BGVs“) im Falle deren Untätigkeit für ein Transitland, wie Österreich es ist, in dem sehr große Gasmengen bloß durchgeleitet werden, in einem mehr als überschaubaren Rahmen gehalten haben. Dadurch konnte bereits bisher die finanzielle Belastung der betroffenen Marktteilnehmer minimal gehalten werden. Darüber hinaus konnte das gegenwärtige Bilanzierungssystem den österreichischen Handelsplatz am vom CEGH betriebenen VHP nachhaltig unterstützen und diesen über die vergangenen Jahre sogar aufwerten.

Sohin hat sich das Bilanzierungssystem in der vergangenen mehr als fünf Jahren unseres Erachtens und unserer Erfahrung nach mehr als bewährt.

Es ist bekannt, dass das bestehende Bilanzierungsmodell auf Europäischer Ebene durchaus auch kritisch gesehen wird und laut aktuellem Implementation and Monitoring Report der ACER nicht den Vorgaben des BAL NC entspräche. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass TAG GmbH diese Meinung nicht teilt. Vielmehr hat TAG GmbH in ENTSG, welche die Vorarbeiten des jährlich von ACER zu erstellenden Berichts leistet, die Konformität des österreichischen Bilanzierungsmodells mit den Vorgaben des BAL NC nachweislich darlegen können; dies ist im Übrigen stets in – seitens ENTSG ausdrücklich gewünschter – Abstimmung mit E-Control erfolgt.

Ungeachtet dessen vertritt TAG GmbH sehr wohl die Ansicht, dass mit der Einführung des Entry-Exit-Systems per 1. Jänner 2013 implementierte neue Marktmodell stets kritisch zu hinterfragen und bei Bedarf auch zu verbessern bzw zu optimieren um damit Marktentwicklungen rasch und bestmöglich Rechnung tragen zu können. Dies jedoch nur unter der Voraussetzung, dass diese Änderungen zu keiner Einschränkung führen, um den Transport seitens TAG GmbH auch weiterhin in verlässlicher und effizienter Weise durchführen zu können. Ein allfälliger Änderungsbedarf wird seitens TAG GmbH jedoch definitiv nicht auf Basis einer vermeintlich mangelnden Kompatibilität mit dem BAL NC gesehen.

### **3. Unmittelbare Auswirkungen für Marktteilnehmer**

#### **3.1 Erhöhte Bilanzierungstätigkeit des MGM**

Wie bereits eingangs erwähnt, steht TAG GmbH Systemoptimierungen stets positiv gegenüber. Insofern ist auch nachvollziehbar, dass der Entfall der verpflichtenden Teilnahme der BGV an der Gasbörse eine nicht nur administrative, sondern auch finanzielle Erleichterung darstellt, weil die mit einem Vertragsabschluss verbundenen sehr hohen Sicherheitsleistungen ersatzlos entfallen.

Diese vermeintliche Systemerleichterung hat unseres Erachtens nach jedoch zu Folge, dass damit auch die im gegenwärtigen Bilanzierungsmodell verankerte grundsätzliche Eigenverantwortung der BGVs gemäß § 18 Abs 4 GMMO-VO (arg: „*Der BGV trägt gegenüber dem MGM und dem Bilanzgruppenkoordinator [„BKO“] die wirtschaftliche Verantwortung für die Abweichungen in seiner Bilanzgruppe bzw. seinen Bilanzgruppen [„BG“]*“) nachhaltig geschmälert wird. Dieses Prinzip der Eigenverantwortung der BGVs bewirkt, dass die Bilanzierungsaktivitäten primär von den BGVs zu setzen sind und die Ausgleichsenergieabrufe des MGM im Namen und auch Rechnung der BGVs – im hinkünftigen Modell im Namen und auf Rechnung der Bilanzierungsstelle – nur dann erforderlich sind, wenn die BGVs der eine bilanzielle Schieflage verursachenden BGs – aus welchem Grund auch immer – untätig bleiben.

Es ist unserer Einschätzung nach davon auszugehen, dass es im neuen System zu einem vermehrten Abruf von Ausgleichsenergie durch den MGM kommen wird, weil BGVs die bereits bewährte Eigenverantwortung, die wirtschaftlich nunmehr gegenüber der Bilanzierungsstelle besteht, nicht mehr in jenem Umfang wahrnehmen, wie es gegenwärtig der Fall ist.

Wenngleich die Einführung eines Helper/Causer-Systems gemäß Art 22 BAL NC als Anreizmaßnahme für eine ausgeglichene Bilanzierung der BGVs, wie in Kapitel 3.5 des Konsultationspapiers vorgesehen, seitens TAG GmbH grundsätzlich begrüßt wird, so vermag diese Regelung nichts an der zu erwartenden Notwendigkeit einer erhöhten Bilanzierungstätigkeit des MGM zu ändern.

## 3.2 Scheinbare finanzielle Entlastung

Die im neuen Bilanzierungssystem angestrebte finanzielle Entlastung des Markts mit dem Wegfall der verpflichtenden Börsemitgliedschaft der BGVs ist unseres Erachtens nur eine scheinbare.

Richtig ist, dass es bei einer Tagesbilanzierung im Vergleich zu einer Stundenbilanzierung keine gegenläufigen Abrufe von Ausgleichsenergie der einzelnen BGVs geben wird; vielmehr erfolgen „genettete“ Ausgleichsenergieabrufe über alle Short und Long-Positionen im Marktgebiet Oste durch den MGM.

TAG GmbH geht davon aus, dass es durch die Abschwächung des Prinzips der Eigenverantwortung zu einer signifikanten Erhöhung der Ausgleichsenergieabrufe des MGM und eines damit einhergehenden erhöhten Anfalls von Strukturierungsbeiträgen kommen wird. Diesbezüglich gibt es bereits einschlägige Erfahrungen in Deutschland, wo der dortige Strukturierungstopf in Millionenhöhe dotiert ist, und das System finanziell nachhaltig belastet. In diesem Fall erhöhen sich zwangsläufig die bei den BGVs anfallenden Kosten, womit die durch den Wegfall der verpflichtenden Teilnahme der BGVs an der Gasbörse zu erwartenden finanziellen Erleichterungen wohl nicht eintreten werden.

TAG GmbH tritt dafür ein, dass bei jeglicher Änderung des Bilanzierungsmodells aus Gründen der objektiven Vergleichbarkeit stets auf die Gesamtkostenbelastung einer solchen Systemumstellung abgestellt wird. Eine vordergründige finanzielle Entlastung der BGVs durch einen Wegfall ihrer verpflichtenden Teilnahme an der Gasbörse ist zu kurz gegriffen.

## 4. Negative Auswirkungen für Fernleitungsnetzbetreiber

### 4.1 Verstärkte Nutzung des Netzpuffers für Zwecke der Bilanzierung

Das vorliegende Bilanzierungskonzept sieht gemäß Kapitel 3.3 des Konsultationspapiers vor, dass der je nach Transportsituation verfügbare Netzpuffer („Linepack“) in erster Linie der Vermeidung des Einsatzes physikalischer Ausgleichsmaßnahmen und damit der Verringerung des Kostenbeitrags für die Strukturierung bzw. der Ausgleichsenergiepreise dienen soll. Dabei sei ein Angebot von Netzpufferflexibilitätsdienstleistungen gemäß Art 21 Abs 2 lit a) BAL NC nicht vorgesehen.

Während das gegenwärtige Bilanzierungsmodell gekennzeichnet ist vom Einsatz physikalischer Ausgleichsmaßnahmen, betont das neue Bilanzierungsmodell den Primat der Nutzung des verfügbaren Netzpuffers. Damit sollen hinkünftig offensichtlich die Infrastrukturbetreiber – insbesondere die Fernleitungsnetzbetreiber wie TAG GmbH – nachhaltig zur Bilanzierung des Marktgebietes Ost beitragen.

§ 29 GMMO-VO sieht eine genaue Regelung über die Nutzung des von den Fernleitungsnetzbetreibern dem MGM bzw dem Verteilergebietsmanager („VGM“) zur Verfügung gestellten Netzpuffers vor. Im Wesentlichen bedeutet dies, dass die Fernleitungsnetzbetreiber unter Berücksichtigung der Netzintegrität den maximal technisch möglichen Netzpuffer, soweit er nicht für Zwecke des Betriebes der Leitung bzw Leitungsanlagen benötigt wird, dem MGM bzw dem VGM zur Verfügung stellen. Der MGM nutzt das Linepack gemäß § 29 Abs 3 GMMO-VO zur Überbrückung der Strukturierungserfordernisse im Fernleitungsnetz bis zur physikalischen Erfüllung seiner Ausgleichsenergieabrufe. Der VGM wiederum hat gemäß § 29 Abs 4 GMMO-VO die Möglichkeit, für den Ausgleich kurzfristiger Druckschwankungen im Verteilergebiet neben dem Netzpuffer im Verteilergebiet sowie zur zeitlichen Überbrückung bis zur physikalischen Erfüllung seiner Ausgleichsenergieabrufe am Virtuellen Handelpunkt nach vorhergehender Abstimmung mit dem MGM auch den Netzpuffer der Fernleitungen zu nutzen.

Es sei betont, dass die oben beschriebene Regelung über die Nutzung des von den Fernleitungsnetzbetreibern dem MGM bzw dem VGM zur Verfügung gestellten Netzpuffers seit Inkrafttretens der Stammfaser der GMMO-VO mit 1. Jänner 2013 auch tatsächlich angewendet wird.

Der vorliegende Konsultationsentwurf enthält jedoch keine Aussagen, wie eine „verstärkte“ Netzpuffernutzung des MGM im Detail aussehen soll. Unklar ist insbesondere, wie der Satz „[...] die vom MGM zu definierenden Grenzen der Netzpufferung“ zu verstehen ist. Dieser findet sich im Zusammenhang mit umfassender Verpflichtung des MGM zur Bereitstellung von Informationen zum Marktgebietsstatus, welche gemäß Kapitel 3.4 des Konsultationspapiers dazu dienen, Indikationen für die finale Ermittlung von BG-Unausgeglichenheiten zu geben.

TAG GmbH betont, dass der in § 29 GMMO-VO verankerte Mechanismus über die Zurverfügungstellung des Netzpuffers durch die Fernleitungsnetzbetreiber auch im neuen Bilanzierungsmodell unverändert zu bleiben hat, und lehnt daher jegliche Regelung strikt ab, wonach allenfalls der MGM die Grenzen der Netzpuffernutzung für Zwecke der Marktgebietsbilanzierung einseitig – und darüber hinaus zu Lasten der Netzpuffernutzung, welche primär für operative Zwecke durch die Fernleitungsnetzbetreiber vorgesehen ist – festlegt. Die Steuerung der von den Fernleitungsnetzbetreibern betriebenen Fernleitungsanlagen obliegt gemäß § 62 Abs 1 Z 5 GWG ausschließlich dem jeweiligen Fernleitungsnetzbetreiber. Wenngleich die Steuerung der Verteilerleitungsanlagen gemäß Anlage 1 zum GWG durch Vorgaben an die Verteilernetzbetreiber gemäß § 14 Abs 1 Z 10 GWG eine Aufgabe des MGM ist, beschränkt sich diese im Fernleitungsnetz gemäß § 14 Abs 1 Z 3 GWG lediglich auf die Koordination der Netzsteuerung. Jegliche Änderung dieser Kompetenzen würde unseres Erachtens darüber hinaus einen Verstoß gegen einschlägige Verpflichtungen der TAG GmbH aus der ITO-Zertifizierung nach sich ziehen.

## **4.2 Einsatz von Netzpufferflexibilitätsdiensten**

Im gegenständlichen Zusammenhang ist nicht nachvollziehbar, warum das vorliegende Bilanzierungsmodell nicht von der Möglichkeit der Netzpufferflexibilitätsdienstleistungen, wie dies in Art 21 Abs 2 lit a) BAL NC eingeräumt wird, Gebrauch macht.

Wenngleich der Verringerung untätiger Verpflichtungen gemäß Art 44 Abs 2 BAL NC Vorrang vor der Einführung einer Netzpufferflexibilitätsdienstleistung einzuräumen ist, so empfiehlt TAG GmbH die Implementierung von Netzpufferflexibilitätsdienstleistungen durch die Fernleitungsnetzbetreiber gemäß Art 21 Abs 2 lit a) BAL NC zu evaluieren, wenn es die systemischen Gegebenheiten zulassen.

## **4.3 Höhere Volatilität des Netzpuffers und Instabilität des Netzes**

Im gegenwärtigen Bilanzierungsmodell erfolgt eine stündliche Bilanzierung. Der unseres Erachtens nach große Vorteil besteht darin, dass sich über einen Gastag keine übermäßig großen Unausgeglichenheiten ansammeln, weil streng auf stündlicher Basis der Ausgleich durch die BGVs in Eigenverantwortung oder im Fall deren Untätigkeit durch den MGM im Namen und auf Rechnung der jeweiligen BGVs durchgeführt wird.

Es ist zu erwarten, dass eine Tagesbilanzierung die Volatilität des Linepack („Linepack-Bewegung“) nachhaltig erhöhen wird, was wiederum zu einer höheren Instabilität des Netzes infolge kontinuierlichen Aufbaues eines Marktungleichgewichts über den Gastag führt, weil das regulierende Element einer vorzeitigen Vermeidung einer sich aufbauenden Unbalance komplett wegfällt. Nicht aus den Augen zu verlieren sind Auswirkungen auf die Volatilität der in den Operational Balancing Agreements („OBAs“) abgeschlossenen Grenzen und den Zeitpunkt ihres Ausgleiches. Beide Aspekte führen unseres Erachtens zwangsläufig zu

höheren Kosten seitens der Fernleitungsnetzbetreiber, seien es Energiekosten für den Betrieb der Leitung bzw der Verdichter und damit für den Auf- und Abbau des Netzpuffers, seien es allfällige Kosten für die Überschreitung der Netzpufferkonten der OBAs.

Aus diesem Grund erscheint es umso bedauerlicher, dass das Konsultationspapier hier zwar eine eindeutige Verschiebung der Verantwortung für die Bilanzierung in Richtung der Fernleitungsnetzbetreiber vorsieht, jedoch keine Aussage über die regulatorische Behandlung der damit verbundenen höheren Kosten trifft. TAG GmbH geht davon aus, dass daher diese Kosten, welche nicht durch den Fernleitungsnetzbetreiber verursacht werden, sondern aufgrund des Tagesbilanzierungsmodells systemimmanent sind, wie auch bisher dem Fernleitungsnetzbetreiber im Rahmen des Kostenprüfungsverfahrens anerkannt werden.

## **4.4 Gefahr häufiger Marktgebietseinkürzungen**

Sollte physikalische Ausgleichsenergie nicht in dem Ausmaß zur Verfügung stehen, um das stündliche Ungleichgewicht des Marktgebiets auf das Ausmaß des zur Verfügung stehenden Netzpuffers zu reduzieren, so liegt eine Gefährdung der Netzstabilität gemäß § 26 Abs 7 GMMO-VO vor. Bei Inanspruchnahme der in § 26 Abs 7 GMMO-VO angelegten Möglichkeit zur Anordnung der Änderung von Mengenanmeldungen weist der MGM gegenwärtig gemäß Art 6.8 AB MGM-BGV nach eigener Entscheidung Fernleitungsnetzbetreiber, den Betreiber des virtuellen Handelspunkts und/oder den Verteilergebietsmanager an, Einkürzungen ungeachtet bestehender vertraglicher Rechte umzusetzen.

Mit der Umstellung von einem Stundenbilanzierungs- auf ein Tagesbilanzierungssystem fällt – wie bereits unter Pkt 3.2 der Stellungnahme ausgeführt – die Möglichkeit einer rechtzeitigen Vermeidung eines allfälligen Aufbaues eines großen Marktungleichgewichts über den Gastag durch einen verpflichtenden stündlichen Ausgleichsmechanismus weg. Größere bilanzielle Ungleichgewichte bedeuten zwangsläufig auch den Abruf größerer Mengen an Ausgleichsenergie über die Gasbörse, was wiederum Fragen der Liquidität aufwirft.

E-Control attestiert selbst in Kapitel 3.10 des Konsultationspapiers, dass aufgrund der im Vergleich zu den Transitmengen eingeschränkten Liquidität des österreichischen virtuellen Handelspunktes nicht davon ausgegangen werden kann, dass sämtliche potenziell möglichen Bilanzungleichgewichte an diesem Punkt in ausreichender Menge beschafft werden können. Es sei dahingestellt, ob TAG GmbH die Meinung E-Controls über die Liquidität der Gasbörse teilt.

Dies hat nach Ansicht der TAG GmbH wiederum zu Folge, dass der MGM verstärkt Marktgebietseinkürzungen – sohin Einkürzungen an den Exit Punkten des Marktgebietes – als „Action of Last Ressort“ gemäß § 26 Abs 7 GMMO-VO iVm Art 6.8 AB MGM-BGV anordnet, welche von den Fernleitungsnetzbetreibern umzusetzen sind, um die erforderliche bilanzielle Ausgeglichenheit im Marktgebiet Ost zu gewährleisten.

Solche angeordneten Einkürzungen haben jedoch negative Auswirkungen auf die Fernleitungsnetzbetreiber, weil die Abwicklung der Transportprogramme im Umfang der Vorgaben des MGM aus Sicht des betroffenen Fernleitungsnetzbetreibers und seiner Netzbenutzer (Shipper) unfreiwillig beschränkt wird und im Umfang der Einkürzung nicht nur dem Fernleitungsnetzbetreiber einen Verlust an Erlösen aus den Kapazitätsverträgen beschert, sondern den Netzbenutzern die vollständige Erfüllung ihrer Verpflichtungen verunmöglicht und dadurch wiederum einen finanziellen Schaden verursacht.

Neben diesen anlassfallbezogenen Schäden sind auch unmittelbare, langfristige Schäden zu befürchten. Häufige Marktgebietseinkürzungen stellen die Verlässlichkeit des gewählten Bilanzierungsmodells und damit die Qualität des Marktmodells in seiner Gesamtheit berechtigter Weise in Frage. Dadurch kann besonders in Kälteperioden der sehr gute Ruf Österreichs als verlässliches Transitland nachhaltig beschädigt werden. Es besteht die Gefahr, dass Netzbetreiber beginnen, aktiv über die Verwendung alternativer Transitroute, mit denen Österreich unter Umständen in Wettbewerb stehen könnte, nachzudenken, um ihre Zielmärkte in gewohnter Form versorgen zu können. Diesfalls ist seitens der Fernleitungsnetzbetreiber mit einer nachhaltigen Kostenunterdeckung aufgrund des Nichtverkaufs von Kapazität zu rechnen.

## **5. Änderungen im Verteilernetz**

### **5.1 Entfall der Endverbraucherfahrpläne**

Das Konsultationspapier sieht gemäß Kapitel 3.2 vor, dass Endverbraucherfahrpläne im neuen Bilanzierungsmodell nicht mehr bilanzierungsrelevant seien und somit entfallen sollen, weil die gesamte – dann marktgebietsweite – Bilanzierung, welche nicht mehr zwischen Fernleitungs- und Verteilernetzebenen unterscheidet, zentral durch eine Bilanzierungsstelle abgewickelt werde.

TAG GmbH sieht keinen Vorteil für die Bilanzierung bei Entfall der Endverbraucherfahrpläne, da diese wichtige Informationen zur Anfertigung von Prognosen für Zwecke der Bilanzierung enthalten. Mit den Endverbraucherfahrplänen liegen konkrete Daten der BGV zur potenziellen Abnahme im Verteilgebiet vor, welche einen wichtigen Beitrag zur Errechnung von Unausgeglichheiten darstellen. Mit dessen Wegfall geht auch der Wegfall dieser Daten einher, sodass die vom MGM wohl zu erstellende Prognose zum Marktgebietsungleichgewicht die Gefahr einer nicht ganz unbeträchtlichen Schwankungsbreite und damit Ungenauigkeit mit sich bringt, weil Endverbraucherfahrpläne wohl von einer Simulation durch den MGM zu ersetzen sein werden. Im Zusammenhang mit der signifikanten Erhöhung des Toleranzbandes (vgl dazu unsere Ausführungen unter Pkt 5.2. der Stellungnahme) würde sich nach unserer Einschätzung der Effekt sogar noch zusätzlich verstärken.

Dies hat wiederum eine erhöhte Nutzung des Netzpuffers und/oder vermehrte Abrufe von Ausgleichsenergie zur Folge. Damit wird das Risiko der Fernleitungsnetzbetreiber erhöht.

Wir empfehlen daher, die im gegenwärtigen Bilanzierungsmodell erfolgreich bewährten Endverbraucherfahrpläne unverändert beizubehalten. Allfällige Modellierungen des MGM für das Verteilergelände können dabei selbstverständlich unberührt bleiben und neben den Daten aus den Endverbraucherfahrplänen zusätzlich – jedoch nicht stattdessen – in die finale Prognose Eingang finden.

### **5.2 Änderung des Toleranzbandes**

Das neue Bilanzierungsmodell sieht gemäß Kapitel 3.2 des Konsultationspapiers die Erhöhung der Toleranz von gegenwärtig 10.000 bzw. 50.000 kWh/h gemäß § 18 Abs 7 GMMO-VO 2012 auf zukünftig 300.000 kWh/h vor (sog Toleranzband). Sohin kommen für alle Endverbraucher unterhalb des Schwellenwertes Tageswerte zur Anwendung, während oberhalb des Schwellenwertes eine untätige Struktur von Ausspeisungen Berücksichtigung findet.

Eine Erhöhung des Toleranzbandes um den 30- bzw zumindest sechsfachen Wert bei gleichzeitigem Entfall der Endverbraucherfahrpläne (vgl dazu unsere Ausführungen unter Pkt 5.1 der Stellungnahme) würde das



Risiko einer ohnehin schon erhöhten Nutzung des Netzpuffers und/oder vermehrter Abrufe von Ausgleichsenergie zusätzlich erhöhen.

Wir empfehlen daher, das im gegenwärtigen Bilanzierungsmodell erfolgreich bewährte Toleranzband unverändert beizubehalten. Eine allfällige Erhöhung sollte jedoch erst nach ersten, einschlägigen Erfahrungen mit einem neuen Bilanzierungsmodell angedacht werden.

## **6. Adäquate Umsetzungsfrist**

Das Konsultationspapier erwähnt keine Umsetzungsfristen. Der Vollständigkeit halber sei wiederholt darauf hingewiesen, dass jegliche Systemumstellung entsprechender Vorlaufzeiten bedarf. Dies hat sich insbesondere bei der Einführung des Entry-Exit-System und der damit verbundenen nachhaltigen Änderung des damaligen Bilanzierungssystems bewahrheitet, wo alle erforderlichen Schritte nur nach größten Anstrengungen aller Marktteilnehmer fristgerecht und zur Zufriedenheit des Marktes implementiert werden konnten.

Entsprechend lange Umsetzungsfristen sind umso mehr erforderlich, wenn – wie im gegenständlichen Fall – das neue Bilanzierungssystem noch nicht inhaltlich hinreichend ausgestaltet ist, sodass auch die dafür notwendigen IT-Umstellungen weder beauftragt geschweige denn umgesetzt werden können. Um dies bestmöglich zu gewährleisten, könnte man sich etwa an der Übergangsbestimmung des § 170a GWG 2011 und das darin genannte Datum 30. September 2021 bzw 30. September 2023 orientieren.